



Stellungnahme der IG Metall für die Kommission „Zukunft der Rüstungsexportkontrolle“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

31. Oktober 2016

a) Rechtliche und politische Grundlagen der Rüstungsexportkontrolle unter Einbeziehung außenpolitischer Rahmenbedingungen

Es wird nicht als Aufgabe gesehen, hier die Rechtslage zur Rüstungsexportkontrolle darzulegen.

Die IG Metall hat immer betont: Waffenexporte dürfen nicht vor Menschenrechten gehen. Bei Zweifeln kann ein Export nicht stattfinden. Die IG Metall befürwortet die restriktive Regelung von Waffenexporten und erwartet Klarheit und Transparenz bei der Bewertung von Projekten und Gütern.

b) Deutsche Rüstungsexportkontrolle im europäischen Kontext

Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union handhaben die Rüstungsexportkontrolle unterschiedlich. Der „Gemeinsame Standpunkt 2008/944/GASP des Rates der Europäischen Union vom 8. Dezember 2008 betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologien und Militärgütern“ lässt den Mitgliedsstaaten einigen Spielraum, der zu unterschiedlichen Genehmigungspraktiken geführt hat.

Die bei industriAll Europe organisierten europäischen Industriegewerkschaften sprechen sich für eine Harmonisierung der Exportgenehmigungen und faire Wettbewerbsbedingungen in der Europäischen Union aus. Exportmöglichkeiten dürfen nicht über Menschenrechte gestellt werden, eine restriktive Regelung von Waffenexporten bleibt notwendig.

Auch vor dem Hintergrund der angestrebten Entwicklung einer „European Defence Technological and Industrial Base“, also der „Europäisierung“ der wehrtechnischen Industrie, sind faire Wettbewerbsbedingungen und Harmonisierung von Exportgenehmigungen zentrale Voraussetzungen für länderübergreifende Unternehmenskooperationen – von Lieferbeziehungen in Wertschöpfungsketten über Joint Ventures bis zu Zusammenschlüssen.

Ein wichtiger Aspekt ist dabei die Handhabung von Dual-Use-Gütern. Zulieferer aus Deutschland, oft mittelständische Unternehmen, die Dual-Use-Güter her-



stellen und von Systemherstellern in anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union für das zivile und militärische Endprodukt zertifiziert sind, geraten zum Beispiel in die Situation, dass sie auch aus der Lieferkette für das zivile Endprodukt genommen werden, wenn die Zulieferung für das Rüstungsgut verweigert wird. Das hängt mit den komplexen und kostenintensiven Zertifizierungsprozess zusammen, den kein Systemhersteller mit Zulieferern einleitet, wenn am Ende die Liefersicherheit infrage steht. Deshalb besteht für Zulieferer aus Deutschland die Gefahr, dass sie von Systemherstellern aus Mitgliedsstaaten der Europäischen Union von vorneherein für Zulieferungen von Dual-Use-Gütern ausgeschlossen werden. Das Stichwort lautet hier „German free“.

c) Sicherheitsinteressen Deutschlands und Bündnisverpflichtungen

Die internationale Situation hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Krisen sind zum Dauerzustand geworden, Gewaltkonflikte und Kriege nehmen zu. Das Weißbuch 2016 der Bundesregierung nennt sieben große sicherheitspolitische Herausforderungen. Die Frage auch einer gesellschaftspolitischen Debatte wird sein müssen, wie und mit welchen Mitteln diesen begegnet werden kann und soll.

Die IG Metall setzt sich weiter für eine aktive Friedenspolitik ein. Das hat der Gewerkschaftstag 2015 in der Entschließung 1 unterstrichen: „Die Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands muss sich im Bewusstsein der historischen Verantwortung für Frieden in der Welt und insbesondere in Europa einsetzen. Daher lehnen wir jegliche politischen Handlungen und Entscheidungen, die Konflikte und Kriege befördern, sowie die Verfolgung von geopolitischen Interessen unter dem Vorwand der humanitären Hilfe ab und setzen uns für konfliktlösende Aktivitäten ein. Wir fordern deshalb auch eine transparente und restriktive Handhabung von Waffenexporten (...) Jeder Konflikt kann aus unterschiedlichen Perspektiven bewertet werden. Als Einheitsgewerkschaft organisiert die IG Metall Menschen, die sich in ihren politischen Präferenzen und Perspektiven unterscheiden. Dabei eint uns die Überzeugung, dass Krieg und der Bruch völkerrechtlicher Vereinbarungen keine Mittel zur Konfliktbewältigung sind.“

d) Wirtschaftliche Situation der deutschen wehrtechnischen Industrie und Erhalt von Kernfähigkeiten

Zur Situation der wehrtechnischen Industrie wird auf die Studie der Hans-Böckler-Stiftung „Perspektiven der wehrtechnischen Industrie in Deutschland“ verwiesen, abrufbar unter http://www.boeckler.de/pdf/p_study_hbs_309.pdf.

Die wehrtechnische Industrie in Deutschland und Europa befindet sich seit den 1990er Jahren im strukturellen Wandel, der weiter anhält. Zugleich ist die Rüstungsindustrie kein Wirtschaftssektor wie andere. Die Politik nimmt eine ent-



scheidende Rolle ein: Die Bundesregierung entscheidet zum Beispiel über künftige Entwicklungen und Technologien, über die Ausrüstung der Bundeswehr und ihre Zusammenarbeit mit der Industrie bei Dienstleistungen und Wartung, über bündnispolitische Kooperationsprojekte, über grenzüberschreitende Unternehmensplanungen und über Exporte. Politische Entscheidungsträger tragen damit auch Verantwortung für die Beschäftigten.

Strukturwandel und politisch induzierte Veränderungen dürfen nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Die IG Metall thematisiert seit 2012 Verlässlichkeit und Planungssicherheit als Geschäftsgrundlage für Regierung und Industrie. Notwendig ist zum Beispiel Klarheit, welche Fähigkeiten künftig benötigt, welche Technologien und welche Ausrüstungen (wo) beschafft und gewartet werden sollen.

Die Bundesregierung hat mit ihrem „Strategiepapier zur Stärkung der Verteidigungsindustrie in Deutschland“ einen ersten Schritt unternommen und zum Beispiel Schlüsseltechnologien definiert.

Nun wird es darauf ankommen, wie dieses Strategiepapier in den Ministerien umgesetzt wird, welche konkreten Maßnahmen ergriffen werden. Das gilt auch im Kontext der Europäischen Union: Die Herausforderung besteht darin, wie die Bundesregierung die im Strategiepapier genannten Themen erreichen will.

Für die IG Metall steht auch die Erschließung ziviler Märkte auf der Tagesordnung. Deshalb wird das Innovationsprogramm des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie begrüßt, das auf eine Initiative von Betriebsräten und IG Metall zurückgeht. Zudem hat die IG Metall ein Projekt zur Konversion und Diversifikation auf den Weg gebracht, bei dem sich Betriebsräte und Geschäftsführungen konkret mit der Frage nach realistischen alternativen Produkte und Lösungen auseinandersetzen sollen. Die Entwicklung alternativer Projekte erfordert mittel- und langfristige Strategien, für die verlässliche politische Rahmenbedingungen vereinbart werden müssen.

Die IG Metall geht davon aus, dass der Branchendialog zwischen Regierung, Industrie und Gewerkschaft fortgeführt und gleichzeitig auf neue Füße gestellt wird. Wenn das Strategiepapier der Bundesregierung in die Umsetzung geht, sind die entsprechenden Schwerpunkte intensiv zu bearbeiten.

e) Entscheidungsprozesse und Transparenz bei Rüstungsexportentscheidungen

Die IG Metall begrüßt die vom Bundesminister für Wirtschaft und Energie ergriffen Maßnahmen, um die Transparenz bei Rüstungsexportentscheidungen voranzubringen.

Offenheit und Transparenz hilft auch den Beschäftigten der wehrtechnischen Industrie.



Die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgütern“ aus dem Jahr 2000 formulieren eindeutig das Primat der Politik. Vor diesem Hintergrund erscheint die Zuweisung der Federführung für Rüstungsexporte an den Bundesminister für Wirtschaft und Energie nicht stringent.

f) Überwachung von genehmigten und durchgeführten Rüstungsexporten.

Der Gewerkschaftstag 2015 der IG Metall hat in einem Beschluss betont: „Notwendig sind mehr Transparenz sowie eine strikte Endverbleibskontrolle. Die IG Metall fordert die sofortige Einstellung der Lieferung von Kleinwaffen in Krisengebiete, da diese Kleinwaffen gerade auch in Bürgerkriegen zum Einsatz kommen.“

Die IG Metall begrüßt die neuen Regelungen der Regierung zur Endverbleibskontrolle und die Kleinwaffengrundsätze und betont gleichzeitig die Notwendigkeit der europäischen Harmonisierung von Exportgenehmigungen.

g) Weiterentwicklung der Rüstungsexportpolitik und mögliche regulatorische Anpassungen

Im genannten Beschluss des Gewerkschaftstags 2015 ist festgehalten: „Die IG Metall hält eine weltweite Waffenhandelskontrolle für notwendig. Deshalb unterstützte die IG Metall die Kampagne von Amnesty International zum Arms Trade Treaty. Gleichzeitig befürwortet die IG Metall gemeinsam mit allen europäischen Industriegewerkschaften eine deutlich bessere Abstimmung innerhalb der EU. Exportmöglichkeiten dürfen nicht vor Menschenrechten gehen. Hier muss es europaweit ein gleiches Verständnis und klare gemeinsame Exportregeln geben.“

Auch wenn die Einschätzungen über die Genehmigungspraxis der Bundesregierung unterschiedlich sein mögen, so bleibt doch festzuhalten, dass die Rüstungsexportkontrolle in Deutschland im internationalen Vergleich restriktiv gestaltet ist. Das unterstützt die IG Metall.

Nun muss auf Ebene der Europäischen Union gehandelt werden, wie es auch im Strategiepapier der Bundesregierung angerissen wird. Dabei sollte das Vorgehen geprüft werden. Trotz Initiativen von Europäischem Rat und Europäischer Kommission ist die Abstimmung der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bei sicherheitspolitischen Belangen langwierig, kompliziert und schwierig. Daher könnte es ein erster Schritt sein, zunächst mit Frankreich in punkto Genehmigungspraxis verstärkt zusammenzuarbeiten